Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Klaus Riepe

Rede zum Haushalt 1994 (Es gilt das gesprochene Wort)

Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren,

Das zentrale Datum des Haushalts 94 ist das wachsende Defizit. Wir stehen im dritten Jahr der Haushaltskonsoldierung und ein Ende - ein ausgeglichener Haushalt - ist für alle, die nicht zu notorischer Schönfärberei neigen, nicht abzusehen.

Im Gegenteil: wahrscheinlicher ist, daß das Defizit in den nächsten Jahren noch zunehmen wird. Jetzt liegt das Haushaltsdefizit bei ca. 50 Mio. Es ist gut möglich, daß wir in den nächsten Jahren mit einem Defizit von 60, 70, ja 80 Mio werden leben müssen.

Ich möchte in meiner Rede auf zwei Fragen eingehen, von deren Beantwortung die Zukunft unserer Stadt abhängt:

- wie kommt das Defizit zustande?
- und was bedeutet das Defizit?

Zur ersten Frage:
Ich glaube, es ist mittlerweile eindeutig - und läßt sich anhand der vorliegenden Zahlen belegen - , daß die entscheidenden Faktoren für die defizitäre Entwicklung nicht hausgemacht sind. Unausgeglichene Haushalte liegen in NRW mittlerweile flächendeckend vor. Entscheidend ist ein von den Kommunen kaum steuerbarer Rückgang der Einnahmen bei gleichzeitigem Aufgabenzuwachs. Rückgang der Einkommensteuerzuweisung und der Gewerbesteuer schlagen in Millionenhöhe zu Buche, während gleichzeitig die Kommunen - und insbesondere auch Witten - mit steigenden Sozialhilfekosten, Kosten des Strukturwandels und des Ausbaus der sozialen und verkehrlichen Infrastruktur belastet werden.

Damit will ich nicht bestreiten, daß es in Witten einige Projekte gibt, bei denen die Frage erlaubt sein muß, ob sie an der Zeit sind und einer vernünftigen Finanzpolitik bei knappen Kassen entsprechen.

Ist die Europa-Akademie zu diesem Zeitpunkt strukturpolitisch notwendig? Ist ein durch die Stadt in Millionenhöhe bezuschußter Bau einer Sporthalle nötig, und brauchen wir die gegebene Zahl von städtischen Beschäftigten bei gegebener Bezahlung und Verwaltungsstruktur?

Aber selbst wenn mensch diese Fragen alle negativ beantwortet, muß festgestellt werden:

- daß das Defizit bei Einstellung aller oben genannten sogenannten überflüssigen Projekte und bei sachangemessenem und sozialverträglichem Personalabbau nicht erheblich abgebaut würde - vor allem nicht angesichts noch auf uns zukommender Belastungen. Der Stadtdirektor hat dankenswerterweise klargestellt, daß der Wittener Haushalt bis zum Jahr 1998 und darüber hinaus mit einem erheblichen Defizit belastet sein wird.

- und daß die freigewordenden Finanzmittel eigentlich nicht eingespart werden dürften, sondern ihr Einsatz an anderen Stellen dringend erforderlich ist.

Wir werden also in Zukunft lernen müssen, mit dem Defizit zu leben und umzugehen, weil es ein unsinniger und für unsere Stadt schädlicher Anspruch wäre, allein aus eigener Kraft das Haushaltsloch überwinden zu wollen.

Es ist schlicht eine Frage politischer Klugheit und Verantwortlichkeit, kommunalen Handlungsspielraum auch gegen die defizitäre Lage durchzusetzen.

Damit bin ich bei der zweiten Frage: Was bedeutet das Defizit?

Es gibt grundsätzlich drei Möglichkeiten, politisch auf das Defizit zu reagieren.

Wir können uns im Rahmen einer selbstgestrickten *austerity*-Politik in eine Sparpanik hineinsteigern. Dann ist die Gefahr groß, daß die hinter den Zahlen liegende Realität Schaden leidet. Die ursprünglich im Haushaltsplan des Kämmerers vorgesehenen Kürzungen bei den freiwilligen Leistungen wären zum Beispiel nicht ohne Schaden geblieben: Schaden für die betroffenen Initiativen und Projekte, aber auch Schaden im Sinne gesellschaftlicher Folgekosten beim Wegfall der Projekte.

Glücklicherweise wird eine harte *austerity*-Politik noch von keiner Fraktion in diesem Rat getragen, obwohl von der CDU eine rigide Prüfung der freiwilligen Leistungen nach der Wahl angekündigt worden ist. Die vorgeschlagenen Kürzungen sind

zurückgenommen worden - vielleicht auch aufgrund der Einsicht, daß die ca. 300.00 DM, die durch die Kürzungen eingespart worden wären, das Haushaltsloch auch nicht erheblich verringert hätten.

Die zweite Art, mit dem Defizit umzugehen, ist die von der SPD und CDU-Fraktion bei diesen Haushaltsplanberatungen praktizierte. Keine *austerity*, aber im Grundton folgt mensch der Maßgabe, es müsse rigoros gespart werden - abzulesen zum Beispiel am Einsatz von Verkaufserlösen zum Abbau der Kreditbelastung. Und das in einer Zeit, in der Kredite denkbar billig sind und über die Leitzinspolitik der Bundesbank zur Ankurbelung der Konjunktur billig gemacht werden.

Auf diese Art werden wohl keine Leistungen abgebaut, aber auch keine Versäumnisse aufgeholt und notwendige Zukunftsinvestitionen angegangen.

Sollen wir für Witten dringend notwendige Investitionen und Projekte nicht auf den Weg bringen, weil die Oberkreisdirektorin Sparen und einen Abbau der Kreditlast wünscht? Oder wäre es nicht besser, Investitionen auch durch vermindertes Sparen und Aufnahme von Krediten zu tätigen und damit einen unternehmerischen Beitrag zur Belebung der Konjunktur und zum Abbau der Arbeitslosigkeit zu leisten?

Das gegenwärtige Zusammentreffen von großem, nicht investiv genutztem privaten Reichtum, knappen Kassen der öffentlichen Hand, anhaltender Rezession und Arbeitslosigkeit erfordert eine antizyklische Politik und vor allem eine expansive, kreditfinanzierte Ausgabenpolitik, um die fehlende Investitionsneigung der Privaten zu kompensieren. Eine solche Politik wäre - in Grenzen - angesichts der Probleme unserer Stadt auch in Witten an der Zeit.

Um es aus meiner Sicht einmal offen zu benennen: Die Oberkreisdirektorin ist wohl Kommunalaufsicht, aber für mich nicht Inbegriff finanz- und wirtschaftspolitischen Sachverstands.

Oder sollen wir auf dringend notwendige Initiativen und Projekte verzichten, weil Land und Bund nicht mitfinanzieren? Das waren wunderbare Zeiten, als die Städte und Gemeinden wie Sterntaler auf den Geldsegen von oben rechnen konnten. Die Zeiten sind vorbei. Bund und Land stecken selbst in der Finanzklemme.

Wir stehen an dem Punkt, wo keine Ausflüchte mehr gelten, wo das Lamentieren über fehlende Bundes- und Landesfinanzierung nur die eigene Unfähigkeit kaschiert, klare Prioritäten zu setzen und die noch zur Verfügung stehenden Finanzmittel in für den Lebens- und Wirtschaftsstandort Witten wichtigen Bereichen zu investieren.

Das heißt aber auch, daß die notwendigen Investitionen nicht auf den Zeitpunkt verschoben werden können, an dem der Wittener Haushalt wieder ausgeglichen sein wird.

Ich möchte dies an einigen Bereichen klarmachen, die uns Grünen besonders am Herzen liegen.

Ich kann mich noch gut erinnern, daß ich im letzten Jahr an dieser Stelle gegen den zum damaligen Zeitpunkt noch mit Priorität verfolgten Rathausneubau polemisiert habe. Kurz darauf hat die Verwaltung den Rahmen eines Innenstadtentwicklungskonzepts vorgelegt, das vom Rat zur Kenntnis genommen worden ist mit dem Auftrag an die Verwaltung, weitere Schritte zügig zu konkretisieren und einzuleiten. Dieser Rahmen enthielt neben dem unglücklichen Rathausneubau auch einige vielversprechende Perspektiven. Mittlerweile ist einige Zeit ins Land gegangen. Der Rathausneubau ist in der Zwischenzeit sang- und klanglos gestorben, so daß jetzt umso mehr Raum wäre, die übrigen Elemente des Rahmens anzugehen.

Ich möchte hier noch einmal betonen, daß die Innenstadtentwicklung keine Spielwiese mehr oder weniger interessierter Teile der Stadtverwaltung ist, sondern ein stadtpolitisches Erfordernis, um auf Notlagen des Wittener Einzelhandels zu reagieren und sich summierende Mängel und Defizite endlich abzubauen.

Die Attraktivierung der Wittener Innenstadt, die in den zurückliegenden Jahren verschlafen worden ist, muß endlich angegangen werden, um Witten nicht noch weiter in der Städtekonkurrenz zurückfallen und das Risiko von Arbeitsplatzverlusten noch größer werden zu lassen.

Die Gefahr ist groß, daß das Zusammenkommen der drei Faktoren Finanzknappheit, Strukturkrise und politische Entscheidungsschwäche - verbunden mit falschen Schwerpunkten - den Wittener Schlendrian weiter andauern läßt.

Deshalb haben wir beantragt, die ca. 9 Mio. Einnahmen aus dem Verkaufserlösen der VEW-Aktien nicht zur Minderung der Kreditbelastungen einzusetzen, sondern als Anschubfinanzierung für Umbau und Attraktivierung der Wittener Innenstadt zu binden. Hier - und nicht in der freien Landschaft - könnte beispielhaftes für die Integration von Arbeiten und Wohnen, eine autoarme Innenstadt verbunden mit einem Ausbau des ÖPNV, die damit zusammenhänge ökologische Entlastung und eine Stärkung des Wirtschafts- und Lebensstandortes Witten getan werden.

Leider haben Sie, meine Damen und Herren von den anderen Fraktionen, diesen Antrag abgelehnt, obwohl doch gerade Sie, meine Damen und Herren von der SPD, es besser wissen und sich an die Notwendigkeit einer kräftigen antizyklischen Politik in Zeiten der Rezession erinnern müßten.

Im übrigen sind 9 Mio. angesichts der Dimension der Aufgabe auch nicht die Welt, aber sie wären ein deutliches und Hoffnung erweckendes Zeichen gewesen. Dieses Zeichen ist leider verpaßt worden.

Politische Entscheidungsschwäche verbunden mit einer falschen Schwerpunktsetzung und einem Verzicht auf eine dringend notwendige antizyklische Politik zeigen Sie auch bei Ihrem Verhalten zu den anderen von uns eingebrachten Anträgen.

Sie haben wieder unseren Antrag auf Erhöhung der Gewerbesteuerhebesätze abgelehnt, obwohl eine solche Erhöhung angesichts der Aufgabe, investive Mittel aus eigener Kraft zu organisieren, seit zwei Jahren überfällig ist. Dem Wittener Haushalt sind dadurch ca. 4,5 Mio. entgangen. Ich verbuche die Nichterhöhung unter ungezielter Subventionierung der Wirtschaft und kann hier nur noch einmal wiederholen: besser als diese ungezielte Subventionierung wäre eine programmorientierte und

überzeugende Stadtentwicklung, für deren Finanzierung eine erhöhte Gewerbesteuereinnahme dringend gebraucht würde. Ich bin davon überzeugt, daß die Wirtschaft unserer Stadt eine Erhöhung der Hebesätze verstehen würde, wenn die sinnvolle Verwendung der Gelder deutlich gemacht werden könnte.

Sie haben unseren Antrag zu einer Wohnungsbedarfsanalyse abgelehnt. Wie soll aber in Witten eine bedarfsgerechte Wohnungsbauförderung betrieben werden, wenn der Bedarf gar nicht bekannt ist? Der von der Verwaltung zusammengestückelte Wohnbaulandbericht gibt für eine Bedarfsanalyse nichts her. Die Prognosen und Vorschläge dieses Berichts beruhen auf viel zu spekulativen Annahmen, um Fehler zu vermeiden und eine gezielte, sachgerechte Förderpolitik zu betreiben. Eine Wohnungsbedarfsanalyse - das sagt einem doch der gesunde Menschenverstand - muß der erste Schritt zu einer solchen Förderpolitik sein.

Mit dem Hinweis auf die Aktivitäten des neuen Stadtdirektors haben Sie, meine Damen und Herren von der SPD, erneut unseren Antrag auf Durchführung einer externen Organisationsanalyse abgelehnt.

Nach allem, was mensch hört, läßt sich nicht bestreiten, daß Sie im Hinblick auf den Umbau der Stadtverwaltung rührig sind, Herr Dr. Buhren. Das müssen Sie auch sein, wenn Sie in und mit der von Ihnen übernommen Stadtverwaltung überleben wollen. Andererseits: Ich kann mir nach allen Erfahrungen aus anderen Städten beim besten Willen nicht vorstellen, daß Sie als Einzelperson und als Einsteiger in diese gewachsene Verwaltung mit der Durchsetzung einer Verwaltungsreform nicht überfordert sein sollen. In anderen Städten jedenfalls hat es sich bewährt - trotz der auch dort bestehenden prekären Haushaltslage -, einen reformwilligen Stadtdirektor durch eine externe Organisationsanalyse zu unterstützen. Das dies in Witten jetzt nicht geschieht, erhöht die Gefahr der Intransparenz des Verfahrens und einer übers Knie gebrochenen und letztlich ineffektiven Discount-Reform. Auch hier, meine Damen und Herren von der SPD, Kleinmut und Perspektivlosigkeit!

Ich fasse zusammen:

- Wir Grüne erkennen an, daß die freiwilligen Leistungen nicht gekürzt wurden, und damit eine *austerity*- und Kahlschlagpolitik, wie sie in anderen Kommunen schon praktiziert wird, in Witten vermieden worden ist.

- Am Profil dieses Haushalts kritisieren wir:

  - Die Konsolidierungspläne im Verwaltungshaushalt sind nicht hinreichend präzisiert, zum Beispiel im Bereich Personal und Verwaltungsstrukturreform, oder setzen zu häufig an aus unserer Sicht falschen Stellen an.

  - Vor allem fehlt uns aber eine Perspektive, wie angesichts eines wachsenden und anhaltenden Defizits die kommunale Daseinsfürsorge in strategisch wichtigen Bereichen der Stadtentwicklung in Zukunft gewährleistet werden soll. Das Defizit kann für die nächsten Jahre nicht alleinige Maßgabe unseres finanzpolitischen kommunalen Handels ein, wenn vermieden werden soll, daß sich Witten zur Bronx entwickelt. Wir müssen lernen, einerseits mit dem Defizit zu leben und andererseits im Interesse unserer Stadt vor allem im investiven Bereich gegenzusteuern und entsprechende Akzente zu setzen. Wir haben mit unseren Anträgen versucht, diese Akzente zu setzen und sind dabei auf taube Ohren gestoßen. So wie er vorliegt, ist uns dieser Haushalt viel zu sehr durch ein Sichtreibenlassen geprägt. Deshalb lehnen wir diesen Haushalt ab.

Abschließend:

Dies ist der letzte Haushalt, der in dieser ~~Legislatur~~ Wahl periode verabschiedet wird. Wir hoffen, daß uns die anstehenden Kommunalwahlen eine zweite Möglichkeit geben werden, unsere Anliegen durchzusetzen.